

Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.08.2025

Sitzungsort: Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal,
Fischmarkt 1, 99084 Erfurt

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:51 Uhr

Anwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Abwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Sitzungsleiter: Herr Mroß
Schriftführer: 

Tagesordnung:

- | | | Drucksachen-
Nummer |
|------|---|--------------------------------|
| I. | Öffentlicher Teil | |
| 1. | Eröffnung und Begrüßung | |
| 2. | Änderungen zur Tagesordnung | |
| 3. | Dringliche Angelegenheiten | |
| 4. | Genehmigung der Niederschriften | |
| 4.1. | Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom
27.03.2025 | |
| 4.2. | Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom
22.05.2025 | |
| 5. | Einwohnerfragestunde | |

- | | | |
|------|--|----------------|
| 6. | Behandlung von Entscheidungsvorlagen | |
| 6.1. | Geschäftsordnung für den Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Erfurt
BE: Leiter des Jugendamtes | 1019/25 |
| 7. | Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates | |
| 7.1. | Integrierter Fachplan der generationsübergreifenden Familienförderung der Landeshauptstadt Erfurt 2024 – 2027
BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend | 1712/25 |
| 8. | Festlegungen des Ausschusses | |
| 8.1. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 27.03.2025 zum TOP 5.1 - Willkommens-Hausbesuch nach der Geburt (Drucksache 0314/25) - hier: Evaluation der Willkommensbesuche und des Anschreibens
BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend | 0946/25 |
| 8.2. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 22.05.2025 zum TOP 6.1 - Kindeswohlgefährdung (Drucksache 0704/25) - hier: Ablehnung von Hilfs- und Unterstützungsangeboten
BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend | 1457/25 |
| 8.3. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 22.05.2025 zum TOP 6.2 - Sachstand Evaluierung und Digitalisierung Familienpass (Drucksache 0731/25) - hier: Umsetzung des Beschlusses zur Drucksache 0849/23
BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend | 1464/25 |
| 9. | Informationen | |
| 9.1. | Prüfergebnis Teilnahme am Programm "Kinderfreundliche Kommunen"
BE: Leiter des Jugendamtes | 1718/25 |
| 9.2. | Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)
BE: Leiter des Jugendamtes | |
| 9.3. | Sonstige Informationen | |

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie alle Gäste. Sodann stellte er die form- und fristgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Sitzungsbeginn waren 13 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung nutzte Herr Mroß die Gelegenheit dem Leiter des Jugendamtes, Herrn Trier, nachträglich zum Geburtstag zu gratulieren.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Wie Herr Mroß mitteilte, lagen keine schriftlichen Anträge zur Tagesordnung vor.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden, ob mündliche Anträge gestellt werden, beantragte Frau Greim (Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Vertagung des Tagesordnungspunktes 9.1 – Prüfergebnis Teilnahme am Programm „Kinderfreundliche Kommunen“ (Drucksache 1718/25) – auf die nächste Sitzung am 25.09.2025.

Da hierzu keine Gegenrede erfolgte, wurde darüber abgestimmt.

Abstimmungsergebnis

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Damit fand der Antrag eine Mehrheit. Die Drucksache 1718/25 wurde vertagt.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung lagen nicht vor.

Die anschließende Abstimmung über die Tagesordnung in der geänderten Fassung erbrachte folgendes Ergebnis: **Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

3. Dringliche Angelegenheiten

Die Behandlung dringlicher Angelegenheiten war nicht erforderlich.

4. Genehmigung der Niederschriften

4.1. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 27.03.2025

Es lagen keine schriftlichen bzw. mündlichen Einwände vor.

genehmigt Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

4.2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 22.05.2025

Es lagen keine schriftlichen bzw. mündlichen Einwände vor.

genehmigt Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

5. Einwohnerfragestunde

Die Ausschussmitglieder wurden durch den Vorsitzenden auf die schriftliche Beantwortung zu den Fragen des Ortsteilbürgermeisters Möbisburg-Rhoda aus der letzten Sitzung hingewiesen, die der Einladung beigelegt war. Rückfragen hierzu gab es nicht.

Darüber hinaus lagen keine anderen Fragestellungen vor.

6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

6.1. Geschäftsordnung für den Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Erfurt 1019/25 BE: Leiter des Jugendamtes

Ergänzend zu den in der Klausurtagung des Jugendhilfeausschusses vorbesprochenen Änderungen zur Geschäftsordnung regte der Vorsitzende, Herr Mroß, bezugnehmend auf die in Anlage 2 befindliche Synopse folgende Anpassungen an:

§ 9 Angelegenheiten der Tagesordnung

(1) Angelegenheiten zur Tagesordnung der Sitzung des Jugendhilfeausschusses sind nur zulässig, wenn der Jugendhilfeausschuss für den Gegenstand der Beratung und/oder Beschlussfassung zuständig ist und wenn sie schriftlich durch den Oberbürgermeister, einem beratenden oder stimmberechtigten Jugendhilfeausschussmitglied oder einem Unterausschuss beantragt werden und spätestens 14 Tage vor der Sitzung d. h. in der Regel jeweils mittwochs, 15:30 Uhr in der zweiten Woche vor der maßgeblichen Sitzung im Bereich Oberbürgermeister eingegangen sind.

[...]

Herr Mroß begründete den Vorschlag mit ggf. notwendigen Sondersitzungen an anderen Wochentagen. Von Seiten der Ausschussmitglieder bestanden keine Einwände.

Weiterhin schlug er die Beibehaltung des § 10 Anfragen vor, auch wenn in den vergangenen Jahren selten davon Gebrauch gemacht wurde. Das Fragerecht eines jeden Ausschussmitglieds solle unberührt bleiben. Damit ginge auch eine Änderung der fortlaufenden Nummerierung der Paragraphen einher. Hierzu gab es ebenfalls keinen Widerspruch.

Auf Nachfrage erläuterte der Abteilungsleiter Dezernatskoordinierung/ Sitzungsdienst die in § 6 neu eingeführte Einladung in elektronischer Form und die damit verbundenen Vorbereitungen. Eine Umsetzung bis zur Sitzung am 25.09.2025 kann voraussichtlich noch nicht erfolgen. Sobald die noch offenen Fragen geklärt sind, wird den Ausschussmitgliedern ein Handlungsleitfaden zur Verfügung gestellt, um auf die Tagesordnung und die entsprechenden Sitzungsunterlagen zuzugreifen.

In diesem Zusammenhang verwies Herr Mroß (Vorsitzender) auf die der Einladungen beige-fügten Formulare bezüglich der Zustimmung zum elektronischen Versand der Einladungen. Es wird um eine zeitnahe Rücksendung an den Sitzungsdienst gebeten.

Herr Schröter (Vertreter der Fraktion Die Linke) begrüßte den Schritt und fügte an, dass mit einer Ausweitung auch in den Unterausschüssen mehr Papier eingespart werden könnte.

Der Abteilungsleiter Dezernatskoordinierung/ Sitzungsdienst betonte, dass das Augenmerk zunächst auf die technische Funktionalität und Datenschutzkonformität für den Jugendhilfeausschuss liege. In einem zweiten Schritt könnten diese Maßnahmen auf die Unterausschüsse ausgeweitet werden.

Auch Herr Uhlig (Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) befürwortete die Einführung der digitalen Gremienarbeit. Hiermit werde endlich die Diskrepanz hinsichtlich des Versandes der nichtöffentlichen Niederschriften behoben.

Da keine weiteren Änderungsbedarfe gesehen wurden, ließ der Vorsitzende, Herr Mroß, zunächst über die beiden von ihm mündlichen vorgeschlagenen Anpassungen (§ 9 Angelegenheiten zur Tagesordnung; § 10 Anfragen) abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Damit fand der Antrag eine Mehrheit. Die anschließende Abstimmung über die Drucksache in geänderter Form erbrachte folgendes Ergebnis: **Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

mit Änderungen beschlossen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die in der Anlage 1¹ befindliche Geschäftsordnung für den Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Erfurt wird beschlossen.

7. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

7.1. Integrierter Fachplan der generationsübergreifenden Familienförderung der Landeshauptstadt Erfurt 2024 – 2027 BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend 1712/25

Der Vorsitzende, Herr Mroß, gab bekannt, dass die Anlage zur Drucksache im Bürgerinformationssystem eingesehen werden konnte.

Mit Verweis auf die gültigen Jugendhilfeplanungen und die Unzuständigkeit in Handlungsfeldern wie z. B. der Seniorenarbeit erkundigte sich Frau Karger (Vertreterin der Fraktion CDU), inwiefern mit der Beschlussfassung zu dieser Drucksache bestehende Förderpläne geändert oder ergänzt werden.

Der zuständige Referent des Dezernats für Soziales, Bildung und Jugend erörterte die Grundproblematik des Landesprogramms „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (kurz: LSZ), da es neben der Jugendhilfe noch in andere Förderbereiche eingreife. Seit dem Jahr 2021 befindet sich das Dezernat im Austausch mit dem zuständigen Thüringer Ministerium, um einen integrierten Fachplan auf den Weg zu bringen. Der nun vorliegende Entwurf werde vom Land mitgetragen. Dabei betonte er, dass Inhalte aus den Planungsdocumenten zwar aufgegriffen, aber die Förderkulisse in keiner Weise berührt wird.

Weiter fragte Frau Paton (Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt) nach möglichen Änderungen in der Verwaltungspraxis zum LSZ-Verfahren. Aus ihrer Sicht sollten mit dem neuen Konzept keine Nachteile für die Antragsteller entstehen.

¹ Die Anlage 1 des Beschlusses liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.

Stellungnehmend führte der Referent des Dezernats für Soziales, Bildung und Jugend aus, dass das LSZ-Verfahren perspektivisch mit den Maßnahmenplänen bzw. der geplanten Integrierten Jugendhilfeplanung synchronisiert werden soll. Künftig reichen die Träger nicht wie bisher Anträge nach der LSZ-Richtlinie des Landes, sondern anhand des integrierten Fachplanes ein. Anschließend prüft das zuständige Ministerium die Förderwürdigkeit der einzelnen Anträge gemäß des kommunalen Fachplanes. Konkret ging er auf die Anträge im Rahmen des § 16 SGB VIII in Höhe von über 50.000 EUR ein, die zur Antragstellung an den Familienförderplan verwiesen werden. Weiterhin sei die Entwicklung auffällig, dass verhältnismäßig viele Anträge unterhalb der für den Ausschuss relevanten 5.000 EUR-Marke gestellt werden. Durch die Vielzahl an Mikroprojekten² entstehe ein erheblicher Verwaltungsaufwand. In Anbetracht dessen ist nach Abschluss des Verfahrens eine Evaluation des Konzeptes vorgesehen, um von Trägerseite und aus Sicht des Jugendhilfeausschusses Vorschläge zur Verbesserung der Antragstellung ab dem Jahr 2027 einfließen zu lassen.

Abschließend bat Frau Paton (Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt) um folgende redaktionelle Anpassung unter dem Punkt 2.4 – Bestehende Angebotsstrukturen – auf Seite 35:

[...]

- *BV Familienangebot Planungsraum Ost durch Träger Internationaler Bund – IB*

Mitte gGmbH für Bildung und soziale Dienste

- **BV Familienangebot Ländliche Ortsteile durch Träger Deutscher Familienverband, Landesverband Thüringen e.V.**

- *(Aktuelle LSZ (Mikro-)Projekte – 2024? Informationsvorlage zu 2023 ist zu alt – siehe auch Kap. 5 Maßnahmen)*

- *Erfurter Zukunftsforum für seelische Gesundheit*

Da keine weiteren Wortmeldungen bzw. Anträge vorlagen, bat der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, unter Beachtung der redaktionellen Änderung um ein Votum zur Drucksache.

bestätigt mit Änderungen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

² Haushaltsjahr 2025: 106 Mikroprojekte

8. Festlegungen des Ausschusses

- 8.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 27.03.2025 zum TOP 5.1 - Willkommens-Hausbesuch nach der Geburt (Drucksache 0314/25) - hier: Evaluation der Willkommensbesuche und des Anschreibens 0946/25
BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Der Vorsitzende, Herr Mroß, wies darauf hin, dass die Stellungnahme der Stadtverwaltung als Tischvorlage verteilt wurde. Er bedankte sich für die Beantwortung und bat nach Abschluss des Evaluationsprozesses um eine kurze Darstellung der Ergebnisse. Dies wurde durch Herrn Trier (Leiter des Jugendamtes) zugesagt.

Somit wurde nachfolgende Festlegung zu Protokoll genommen:

Drucksache 1999/25	Auf der Grundlage der in der Stellungnahme zur Drucksache 0946/25 zum Ausdruck gebrachten Anpassungsbedarfe zur Überarbeitung des Konzeptes zur Tätigkeit der Elternwegweiserinnen bittet der Jugendhilfeausschuss nach Abschluss des Prozesses am Anfang des 3. Quartals 2026 um eine Berichterstattung zur Umsetzung der angekündigten Maßnahmen. T: August-Sitzung 2026 V: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
-------------------------------	---

Weitere Redebeiträge lagen nicht vor.

zur Kenntnis genommen

- 8.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 22.05.2025 zum TOP 6.1 - Kindeswohlgefährdung (Drucksache 0704/25) - hier: Ablehnung von Hilfs- und Unterstützungsangeboten 1457/25
BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Hierzu lagen keine Nachfragen vor.

zur Kenntnis genommen

**8.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom
22.05.2025 zum TOP 6.2 - Sachstand Evaluierung und Di-
gitalisierung Familienpass (Drucksache 0731/25) - hier:
Umsetzung des Beschlusses zur Drucksache 0849/23
BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend**

1464/25

Die Stellungnahme der Stadtverwaltung lag als Tischvorlage aus.

An die Diskussion aus der Sitzung vom 22.05.2025 anknüpfend hinterfragte der Vorsitzende, Herr Mroß, die Verwendung der durch den Nachtragshaushalt 2025 von 135.000 auf 285.000 EUR aufgestockten Haushaltsmittel für die Digitalisierung des Familienpasses. Zudem bat er darum, die Ausführungen zur Evaluation im Hinblick auf die Zielgruppenbefragungen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, zu konkretisieren.

Der Referent des Dezernats für Soziales, Bildung und Jugend verwies auf die vorliegenden Erkenntnisse aus der Online-Befragung des Familienpasses aus dem Jahr 2023 sowie die Feedback-Funktion, von der rege Gebrauch gemacht wird.

Mit Verweis auf die politische Priorisierung des Seniorenpasses durch die Stadtspitze zeigte sich Herr Mroß (Vorsitzender) abermals irritiert über die verwaltungsinterne Diskrepanz bei der Bearbeitungsdauer des Familienpasses. Gegenüber dem Seniorenpass liegen dem Familienpass mehrere Stadtratsbeschlüsse zu Grunde. Nach seiner Auffassung wurde der Beschlussumsetzung der Drucksache 0849/23 nicht hinreichend Rechnung getragen. Im Rahmen der Evaluation hätte er sich eine intensive Beteiligung von Kinder- und Jugendvertretungen wie z. B. BÄMM! oder das Schülerparlament gewünscht.

Herr Trier (Leiter des Jugendamtes) unterstrich erneut die Auswirkungen des verzögerten Stellenbesetzungsverfahrens auf den Evaluationsprozess und nutzte die Gelegenheit die neue Mitarbeiterin für den Familienpass und die Öffentlichkeitsarbeit vorzustellen. Ihre Aufgabe wird es sein, das Pilotprojekt zur Digitalisierung des Familienpasses vorzubereiten und anschließend zu begleiten. Der Einsatz der über den Nachtragshaushalt 2025 bereitgestellten zusätzlichen Finanzmittel wird durch den unterjährigen Abschluss der Rahmenvereinbarungen mit den verschiedenen Leistungserbringern erschwert. In dieser Hinsicht werde das Jugendamt in der Planung der Haushaltsjahre 2026/2027 für eine qualitative und quantitative Vielfalt der unter Kostendruck stehenden Angebote sowohl in digitaler Form als auch in der herkömmlichen Printvariante Sorge tragen, so Herr Trier weiter.

Bezüglich der weiteren Planungsschritte regte die Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt, Frau Paton, an, digitale Fragebögen in den Familienpass aufzunehmen, um Rückschlüsse auf die Angebotsnutzung, sozialräumliche Besonderheiten und die Attraktivität der Angebote für verschiedene Altersgruppen zu erhalten.

Der Leiter des Jugendamtes, Herr Trier, bedankte sich für den Vorschlag und kündigte im Rahmen des Pilotprojektes die Auswahl einer Testgruppe an. Derzeit befinde sich das Jugendamt in einem ergebnisoffenen Prozess zur Auswahl eines geeigneten Anbieters. Erst im Anschluss an die Gespräche könne die Stadtverwaltung valide Aussagen zur finanziellen Untersetzung des Familienpasses treffen.

Hinsichtlich der Bestimmung der Testgruppe kündigte die zuständige Mitarbeiterin des Jugendamtes an, vor allem auf Freiwilligkeit und Öffentlichkeitswirksamkeit zu setzen.

Demgegenüber sprach sich Frau Butt (Vertreterin der Fraktion SPD & PIRATEN) für eine repräsentative Auswahl der Testnutzer aus, um die Bedarfe möglichst vieler Sozialräume, Einkommensschichten und Familienformen zu eruieren.

Im Ergebnis der Diskussion legte der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, Folgendes fest:

Drucksache 2000/25	Vor Beginn des Testzeitraums zur Digitalisierung des Familienpasses ist im 1. Quartal 2026 das Pilotprojekt im Ausschuss durch die zuständige Mitarbeiterin des Jugendamtes vorzustellen. Dabei ist auf die folgenden Aspekte einzugehen: – Einsatz von Haushaltsmitteln sowie deren Auskömmlichkeit – Beauftragung einer Agentur mit der Umsetzung – Aufbau der Anwendung, digitale Features, Benutzerfreundlichkeit – Öffentliche Bewerbung des Pilotprojektes – Auswahl der Testgruppe – Auswertung der Nutzerzahlen (u. a. nach Angebot, Sozialraum, Alter der Kinder) unter Beachtung datenschutzrechtlicher Belange – Evaluation der Testphase, Bedarfsermittlung und Feststellung möglicher finanzieller Mehrbedarfe zur Optimierung der Angebotsstruktur T: Februar-Sitzung 2026 V: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
-------------------------------	---

zur Kenntnis genommen

9. Informationen

9.1. Prüfergebnis Teilnahme am Programm "Kinderfreundliche Kommunen" 1718/25 BE: Leiter des Jugendamtes

siehe Tagesordnungspunkt 2

vertagt

9.2. Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)
BE: Leiter des Jugendamtes

Wie der Leiter des Jugendamtes, Herr Trier, informierte, wurden in der Sitzung des Stadtrates am 25.06.2025 zwei Beschlüsse mit Bezug zur Jugendhilfe gefasst:

- Die Drucksache 0945/25 – Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/ Kindertagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2025 bis 31. Juli 2026 – wurde in Fassung des Antrags des Oberbürgermeisters (Drucksache 1601/25) beschlossen.
- Die Drucksache 1454/25 – Ende des Modellprojekts "Vielfalt vor Ort begegnen – Professioneller Umgang mit Heterogenität in Kindertageseinrichtungen" zum 31.12.2025 – wurde ebenfalls beschlossen.

Einreicher war jeweils der Jugendhilfeausschuss selbst. Nachfragen gab es nicht.

9.3. Sonstige Informationen

Da keine sonstigen Informationen vorlagen, beendete der Vorsitzende, Herr Mroß, die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Mroß
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer